

Griechenlands Schuldenkrise

Im Sumpf

Nur wer die griechische Staatsschuld zur Systemfrage erhebt, muss jetzt dem Land aus dem Schuldensumpf helfen. Wer hingegen fragt, ob auch für Griechenland ein Austritt aus der Währungsunion besser wäre, muss kein schlechter Europäer sein.

Von Holger Steltzner

22. April 2010 Die Griechen brauchen doch gar keine Hilfe von Deutschland. Die Beschlüsse der Euro-Gruppe über Kreditvolumen und Zinshöhe dienen nur dazu, die Märkte zu besänftigen. Die Hellenen zögen sich am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf. Mit diesem Märchen zieht Finanzminister Wolfgang Schäuble durchs Land. Zu dumm, dass am Kapitalmarkt gerade das Gegenteil passiert. Weil die Griechen wieder einmal ihre Schuldenstatistik nach oben anpassen müssen, sie abermals streiken und jetzt auch noch deutsche Produkte boykottieren, springt die Rendite für kurzfristige Staatstitel aus Athen erstmals seit vielen Jahren in den zweistelligen Bereich.

Nicht einmal die eigene Fraktion kann Schäuble überzeugen. Die CDU-Fraktionsspitze hat ihn auflaufen lassen, als der Finanzminister das Gesetz für fragwürdige Milliardenkredite an Griechenland an ein anderes Gesetzgebungsverfahren anhängen und den womöglichen Bruch des Maastrichter Vertrags (Nichtbeistandsklausel) so schnell und unbemerkt wie möglich durch den Bundestag schleusen wollte. Die Liberalen sollten das Manöver nicht mitmachen. Zum Glück pocht auch die SPD auf ein eigenes Gesetz, weil nur so eine ordentliche Beratung und Diskussion möglich ist. Das Parlament sollte nicht noch einmal unter Verweis auf eine angebliche Ultima Ratio von ungezählten Rettungsmilliarden überrollt werden. Um wie viel Geld geht es eigentlich? Soll Griechenland von den Euro-Partnerländern mit 30 Milliarden Euro unter die Arme gegriffen werden, wie das Finanzministerium verbreitet, oder kann das 80 Milliarden kosten, wie die Bundesbank vorrechnet, oder droht gar die Übernahme der kompletten Staatsschuld von rund 300 Milliarden Euro?

Mit einem flüchtigen Blick auf die Kosten haben die Staatschefs der EU beschlossen, den Griechen müsse geholfen werden, angeblich lauere in deren Schuld ein systemisches Risiko für den Euro-Raum. Schon bei der Rettung der Banken wurde das System beschworen. Ein Schelm, wer jetzt daran erinnert, dass die größten Gläubiger der Griechen dieselben Banken sind, die der Steuerzahler vor kurzem erst herausgehauen hat. Nur wer die griechische Staatsschuld zur Systemfrage erhebt, muss jetzt helfen. Wer hingegen fragt, ob auch für Griechenland ein Austritt aus der Währungsunion besser wäre, muss kein schlechter Europäer sein. Denn der Euro scheitert sicher, wenn aus der Währungsunion eine Haftungsgemeinschaft und Transferunion würde, die selbst Deutschland nicht bezahlen könnte.

Text: F.A.Z.

Lesermeinungen zum Beitrag [4]

[Beitrag kommentieren](#)

Abschied von Euroland wäre besser für die Griechen 22. April 2010, 22:46

Der Euro auf der Schlachtbank 22. April 2010, 21:24

Hellas Schuldensumpf 22. April 2010, 21:18

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben

Staatsschulden

Defizit der Euro-Staaten steigt auf 6,3 Prozent



Den höchsten Fehlbetrag in seinem Staatshaushalt weist Irland mit 14,3 Prozent aus. Der Schuldenstand ist dort innerhalb von vier Jahren von moderaten 25 auf 64 Prozent geschneit. Noch düsterer sieht es für Griechenland aus. Ökonomen blicken mit wachsender Sorge auf die Defizite. >

Verzögerungs-Vorwürfe

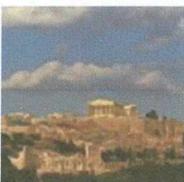
Steinmeier kritisiert Merkels Griechenland-Politik

Die Regierung laviere herum und wolle ihr Griechenland-Hilfsgesetz erst nach der NRW-Wahl durchs Parlament peitschen. Diese Vorwürfe formuliert SPD-Fraktionschef Steinmeier in der F.A.Z. - just als klar wird: Die griechischen Schulden sind höher als gedacht. >



Griechische Schuldenkrise

Loch in Staatskasse größer als gedacht



Die griechische Schuldenkrise verschärft sich einmal mehr: Europäische Statistiker haben herausgefunden, dass das Staatsdefizit deutlich höher ist als ohnehin angenommen. Die Renditen für griechische Staatsanleihen stiegen abermals. >

Im Gespräch: Joachim Starbatty

„Aus der Währungsunion wird eine Inflationsunion“

Vor zwölf Jahren hat der Tübinger Wirtschaftspräsident Joachim Starbatty erfolglos gegen die Einführung des Euro geklagt. Jetzt wird er wegen der Finanzhilfen für Griechenland vor das Verfassungsgericht ziehen. Überschuldete Länder sollten besser austreten, fordert er. Sonst sei die Euro-Stabilität gefährdet. >



Koalition will eigenes Gesetz

Berlin: Kredit für Griechenland bis zu 16,8 Milliarden



Deutschland muss möglicherweise Griechenland deutlich mehr Kredite zur Verfügung stellen, als die Regierung bisher öffentlich dargestellt hat. Finanzminister Wolfgang Schäuble warnte am Mittwoch im Europaausschuss vor einer Zahlungsfähigkeit Griechenlands.

Von Manfred Schäfers >